



Kritik an frühem Kahlschlag

NECKARWESTHEIM EnBW lässt auf GKN-Gelände Wald roden für Schiffsanlegestelle, die sie vielleicht gar nicht braucht

Von unserem Redakteur
Reto Bosch

Noch ist unklar, ob die EnBW 15 Castoren mit ausgedienten Brennelementen von Obrigheim nach Neckarwestheim bringen wird. Auch die Wahl des Transportwegs ist noch nicht getroffen. Und sollte sich der GKN-Betreiber für die derzeit favorisierte Neckar-Variante entscheiden, könnten die Behälter per Kran oder per Rampe das Schiff verlassen. Trotz all dieser offenen Fragen hat die EnBW schon einen Hektar Wald roden lassen, um Platz zu schaffen für eine Schiffsanlegestelle. Das stößt auf Kritik.

Die EnBW prüft derzeit, ob sie in Obrigheim auf ein Zwischenlager verzichten und 342 Brennelemente in Neckarwestheim deponieren kann (wir berichteten mehrfach).

„Naturschutzbelange sind Teil des wasserrechtlichen Verfahrens.“

Gottfried May-Stürmer

Eine Reihe von Anträgen, die mehrere Optionen enthalten, hat der Konzern bereits gestellt. Dazu gehören Pläne, am Neckar auf dem GKN-Gelände eine befahrbare Rampe zu bauen. Sie würde es den Schwertransportern erlauben, mit ihrer Last, den tonnenschweren Castoren, vom Schiff zu rollen. Das wasserrechtliche Genehmigungsverfahren läuft noch. Dennoch sind 10 000 Quadratmeter Wald bereits gefallen. Die EnBW beruft sich auf eine entsprechende Genehmigung des RP Tübingen, das Landratsamt Heilbronn erklärt die Abholzung auf *Stimme*-Anfrage für rechtens.

Dieses Vorgehen treibt BUND-Regionalgeschäftsführer Gottfried May-Stürmer die Zornesröte ins Gesicht. Er hat zusammen mit dem



Das Foto zeigt nur einen Teil der abgeholzten Böschung, die komplett bewaldet war. Das Areal galt als Biotopstruktur von hoher Bedeutung, das sich nicht schnell regenerieren kann.

Foto: Andreas Veigel

Landesnaturerschutzbund (LNV) und dem Nabu eine Stellungnahme für das wasserrechtliche Genehmigungsverfahren formuliert. Seiner Ansicht nach hätten erst nach Abschluss dieses Genehmigungsverfahrens die Motorsägen aufheulen dürfen. „Schließlich sind Naturschutzbelange Teil dieses Verfahrens.“ Die Zustimmung der Oberen Forstbehörde sei zusätzlich erforderlich. Ganz grundsätzlich stört sich der Diplom-Biologe daran, dass

die EnBW Wald rodet, bevor sie weiß, ob sie die Anlegestelle überhaupt braucht.

Zeitplan „Die Fällarbeiten durften nur außerhalb der Vogelbrut stattfinden. Deshalb musste die Maßnahme vor Ende Februar erfolgen“, sagt EnBW-Sprecher Ulrich Schröder der *Stimme*. Die Gemeinden Neckarwestheim und Gemmrigheim seien vorab informiert worden. May-Stürmer hält das Zeitdruck-

Argument für nicht stichhaltig. Der Geschäftsführer glaubt nicht, dass die Zeitpläne der EnBW ins Wanken geraten wären, wenn sie mit den Arbeiten im Oktober begonnen hätte. May-Stürmer bedauert, dass nun auch Teilstücke der ehemals bewaldeten Böschung nicht mehr zu retten sind. Daran könnten auch Ausgleichsmaßnahmen nichts ändern.

Für die Schiffsanlegestelle wird es zudem keine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) geben. Grund-

„Eine Vorprüfung hat ergeben, dass keine erheblichen Umwelt Nachteile zu erwarten sind“, sagt Landkreis-Sprecher Hubert Waldenberger. Das sehen die Naturschutzverbände ganz anders. Es sei offensichtlich, dass gravierende Nachteile entstehen. Auch wenn Teile der Böschung wieder bepflanzt würden, brauche es Jahrzehnte, bis der Wald seine ökologischen Funktionen wieder annähernd erfüllen kann.

Es handle sich um Biotopstrukturen von hoher Bedeutung. Der Gutachter der Vorprüfung schreibe selbst, dass es zu einem erheblichen Eingriff komme. Warum er trotzdem keine massiven Auswirkungen erkenne, sei nicht nachvollziehbar. Gar nicht erwähnt würden der Eingriff in die Gewässersohle beim Vertiefen der Fahrwinne und die zusätzliche Versiegelung einer Fläche von

„Die Fällarbeiten durften nur außerhalb der Vogelbrut stattfinden.“

Ulrich Schröder

2700 Quadratmetern. Gottfried May-Stürmer kündigt an, nun das Umweltministerium mit dieser Sache zu konfrontieren.

BUND, LNV und Nabu stellen darüber hinaus in Frage, dass sicherheitstechnische Überlegungen ausreichend berücksichtigt worden sind. Ein Transport auf dem Wasser sei im Vergleich zu Schiene und Straße mit zusätzlichen Risiken verbunden. „Wir halten es daher für zwingend geboten, eine vergleichende Untersuchung der verschiedenen Transportwege durchzuführen.“ Jörg Michels, Geschäftsführer der EnBW Kernkraft GmbH, versichert dagegen, dass alle Varianten sicher seien. Der Wasserweg sei der praktikabelste Weg.

Kommentar „Auf Verdacht“

Kommentar

Das Genehmigungsverfahren für die GKN-Anlegestelle wirft Fragen auf.



Von Reto Bosch

Auf Verdacht

Das Landratsamt Heilbronn beschneigt der EnBW, im Recht zu sein. Das Unternehmen durfte demnach 10 000 Quadratmeter Wald abholzen, die Genehmigung der Oberen Forstbehörde sei ausreichend. Das mag verwaltungsrechtlich zutreffen, verwundert aber dennoch. Im noch laufenden wasserrechtlichen Verfahren dürfen die Träger öffentlicher Belange, also auch Naturschutzverbände, Stellung nehmen zum Bau der Schiffsanlegestelle und den zu erwartenden ökologischen Konsequenzen. Nur: Alles, was sie zur Rodung von einem Hektar ökologisch wertvollen Waldes schreiben, ist Makulatur. Schließlich haben die Motorsägen schon ganze Arbeit geleistet. Es ist natürlich möglich, dass die Einwände der Naturschützer nicht die Kraft haben, eine Genehmigung zu verhindern. Aber so fließen sie, zumindest was das Waldstück angeht, nicht einmal in die Abwägung mit ein. Das schwächt die Akzeptanz eines solchen Verfahrens.

Die EnBW ist mit Blick auf den Rückbau der Atomkraftwerke erkennbar darum bemüht, Transparenz zu schaffen. Sie verteilt Broschüren, organisiert Informationsveranstaltungen wie am Donnerstagabend den Bürgerdialog. Das kommt in der Bevölkerung gut an – vielleicht mit Ausnahme jener Gruppierungen, die schon seit Jahren gegen die Kernkraft kämpfen und das Treiben des Konzerns mit großem Misstrauen verfolgen. Dass der Kraftwerksbetreiber auf Verdacht Wald roden lässt für eine Anlegestelle, die er eventuell nie benötigen wird, dürfte dagegen wenig Begeisterung auslösen.

Ihre Meinung?
reto.bosch@stimme.de

EnBW: Paralleler Betrieb und Rückbau kein Problem

NECKARWESTHEIM Knapp 50 Zuhörer haben sich am Donnerstagabend beim Bürgerdialog der EnBW über den Rückbau von GKN I informiert. Der Betreiber legte dar, wie der Reaktor demontiert werden soll und welche Genehmigungsschritte notwendig sind. Geplant sind auf dem GKN-Gelände ein Reststoffbearbeitungszentrum (RBZ) und ein Standortabfalllager (SAL). Die entspre-

chenden Genehmigungen hat die EnBW bereits beantragt. Neue Informationen hatte das Unternehmen nicht mitgebracht. Die Bürger bekamen aber die Möglichkeit, ausführlich nachzufragen und ihre Meinung zu sagen.

Jürgen Hellgardt zum Beispiel wollte wissen, ob von der Deponierung von freigemessenen Material Gefahren für die Bürger ausgehen.

Dr. Manfred Möller von der EnBW wies auf Grenzwerte hin, die einzuhalten seien. Dass sich eine etwaige Reststrahlung des Materials addieren könne, sei berücksichtigt. Eine Entscheidung, welche Deponien genutzt werden, sei noch nicht gefallen. Ansprechpartner für die EnBW in dieser Sache sei der Landkreis.

Die EnBW demontiert die Reaktoren möglichst rasch. Gottfried May-

Stürmer fragte nach, warum sich das Unternehmen für diesen sogenannten schnellen Rückbau entschieden hat. Geschäftsführer Jörg Michels machte klar, dass auch bei einem sicheren Einschluss Anlagenteile demontiert werden müssen und auch dafür ein RBZ und ein SAL benötigt würden. Kritische Anlagenteile würden für 60 bis 80 Jahre konserviert, um die Strahlung abklin-

gen zu lassen. Ein weiterer Vorteil des zügigen Abbaus sei, dass ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung stehe. Der Betreiber versicherte den Zuhörern, dass sämtliche Grenzwerte eingehalten werden. Aus dem parallelen Rückbau von GKN I und dem Weiterbetrieb von GKN II entstünden keine Risiken, beantwortete Michels eine Frage von Johannes Müllerschön. *bor*

Drahtzieher der Pillendreherbande legt Geständnis ab

Richter stellen eine Bewährungsstrafe in Aussicht – Gute Geschäfte mit Anabolika, Doping- und Potenzmittel

Von unserem Redakteur
Helmut Buchholz

REGION Ein 29-Jähriger muss sich seit Freitagmorgen vor dem Heilbronner Landgericht wegen Verstößen gegen das Arzneimittelgesetz verantworten. Klingt harmlos, ist es aber nicht: Der Vorsitzende Richter Norbert Winkelmann nannte die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft „enorm“. Der Angeklagte soll der Chef einer Pillendreherbande gewesen sein, die zwischen 2007 und 2010 von ihrem Hauptquartier im Raum Gundelsheim/Bad Wimpfen aus übers Internet anabole Stereoid-, Doping- und Potenzmittel im großen Stil verkauft hat. Sogar ein eigenes Untergrundlabor habe es in Bad Wimpfen gegeben.

Küche In der Anklageschrift sind insgesamt mehr als 600 Transaktionen mit einem Umsatz von rund 190 000 Euro aufgelistet. Insider sprechen hier jedoch von der Spitze

eines Eisbergs. Die Bande soll die Zutaten ihrer „Arznei“ teilweise aus China bezogen haben – von 97 Kilogramm anabolen Stereoiden ist die Rede. In ihrer illegalen „Küche“ mischten die Pillendreher dann ihre muskelaufbauenden und potenzsteigernden Mittelchen zusammen. Weit über 100 000 Gelatine-Kapseln und 50 000 Verschlüsse für Injektionsampullen stellten die Fahnder sicher. Die Lieferungen an Kunden hatten im Schnitt einen Wert zwischen 100 und 1000 Euro, sie bestanden in der Regel aus zwei Dritteln Dopingpräparaten und einem Drittel Potenztabletten. Auch Viagra soll die Bande gefälscht haben.

Die Geschäfte liefen offenbar wie geschmiert. Die Bestellungen kamen auf der Internetseite von den Kunden an. Der angeklagte Kopf der Bande kommunizierte unter dem Aliasnamen „Zahnarzt“ mit den Bestellern, die zum Beispiel „Classic Boy“ und „der Kranke“ hießen. Die Pillen selbst trugen den Namen „Ira-



Muskeln ohne Ende: echt oder gedopt? Der frühere Chef einer Anabolikabande im Raum Gundelsheim/Bad Wimpfen steht vor Gericht. Foto: Jasminko Ibrakovic/Fotolia

ner“. Ein Satz im illegalen Geschäftsverkehr lautete so: „Sag dem Kranken, dass 100 Iraner auf dem Weg zu ihm sind.“

Die Bande flog in Magdeburg auf. Ermittler, die als Lockvogel fungierten, kauften zum Schein die Ware, die bei Kunden beliebt ist, die auf

ihre Muskeloptik extremen Wert legen. Dass der Prozess erst jetzt stattfindet, hat seine Gründe. Der erste Verteidiger des Angeklagten hatte sein Mandat niedergelegt. In der Zwischenzeit hat das Heilbronner Amtsgericht zwei Mitglieder der Bande verurteilt. Für den 29-Jähri-

gen hat sich das Warten aber definitiv gelohnt. Denn schon vor Prozessbeginn haben Staatsanwaltschaft, neuer Verteidiger und Richter Verständigungsgespräche geführt, die die 3. Große Strafkammer am Freitag konkretisierte: Bei einem Geständnis und 35 000 Euro Gewinnabschöpfung aus den Geschäften, die der Staatskasse zufallen, könnte sich die Strafe zwischen 21 und 24 Monaten bewegen und zur Bewährung ausgesetzt werden.

Falsche Freunde Die Richter glaubten dem Ex-Chef, dass er sich mittlerweile aus dem Pillenhandel zurückgezogen und seit drei Jahren nichts hat zu Schulden kommen lassen. Natürlich nahm der Angeklagte das für ihn günstige Angebot der Richter an und legte ein Geständnis ab. Eines interessierte Richter Winkelmann noch: „Wie kam es, dass Sie in diese Kreise abgesackt sind?“ Die Antwort: „Falsche Freunde, das hat sich so entwickelt.“

Regionalverband stärkt WHF den Rücken

KÜNZELSAU „Wir sind gespannt, was von der IHK kommt“, so der Regionalverbandsvorsitzende Joachim Scholz. Nach dem zum Ende des Jahres angekündigten Austritt aus der Wirtschaftsregion Heilbronn-Franken (WHF) wollte die Kammer ein Grundlagenpapier über die künftigen Arbeit der WHF vorlegen. Die Frist lief am Donnerstag ab, ohne dass das Papier vorliegt.

Just an diesem Tag berichtete WHF-Geschäftsführer Andreas Schumm vor dem Planungsausschuss des Regionalverbands. Dabei erntete er in Künzelsau viel Lob für seine Arbeit und volle Rückendeckung. „Ich fordere die IHK auf, sich zur WHF zu bekennen“, gab der Wertheimer Oberbürgermeister Stefan Mikulicz zu Protokoll. „Wie kann man es erreichen, dass die Region mit einer Stimme spricht“, fragte Harald Friese. Der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete warnte davor, nur auf das IHK-Papier zu warten: „Wir brauchen ein eigenes Modell.“ „Wir müssen den Anspruch haben, zum begehrtesten Lebensraum Europas zu werden, formulierte Reinhard Frank hohe Ziele. „Das geht aber nur, wenn wir an einem Strang ziehen“, sagte der Landrat des Main-Tauber-Kreises.

bleibt es beim IHK-Austritt fehlen Schumm im kommenden Jahr 134 000 Euro – ein Drittel seines Gesamtetats. Für die Verbandsversammlung ist das ein Unding. „Wir werden uns als Regionalverband klar positionieren. Dazu gehört für mich auch die Forderung nach einer besseren Ausstattung der WHF“, kündigte Joachim Scholz an. *zim*